

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

**Leitung:** H. K. ...  
**Redaktion:** ...  
**Verlag:** ...

**Werbung:** ...  
**Abnahme:** ...  
**Einzelheft:** ...

**Druck:** ...  
**Verlag:** ...  
**Abnahme:** ...

## Politische Notverordnung unterzeichnet

### S.M.-Verbot ab Freitag aufgehoben

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. Juni. Im Reichsministerium des Innern wurden heute die Arbeiten an der politischen Notverordnung abgeschlossen. Die neue Notverordnung wird das Datum des heutigen Tages tragen. Hindeburg hat sie bereits unterzeichnet. Die Reichsratsbeauftragten werden um 5 Uhr nachmittags vom Reichsinnenministerium von dem Inhalt in Kenntnis gesetzt werden. Am Donnerstag nachmittag wird die Verordnung im Reichsgesetzblatt erlassen.

Die Aufhebung des S.M.-Verbots und des Uniformverbots sowie die übrigen Punkte der Notverordnung treten am Freitag in Kraft.

Danach scheint die Reichsregierung entschlossen zu sein, aus der innerpolitischen Lage Deutschlands die Konsequenzen zu ziehen, die aus dem Kurzwahlrecht gezogen werden müssen. Wenn somit die Reichsregierung der Auffassung ist, daß die Unterdrückungspolitik gegenüber der nationalen Bewegung nicht fortgesetzt werden kann, dann ist ihr Vorgehen nur folgerichtig. Viel wird darauf ankommen, in welcher Weise die Formulierung und Begründung der Notverordnung in diesen beiden Punkten vor sich geht. Soweit wir hören, wird man versuchen,

eine Form zu wählen, die es den gegen die Reichsregierung eingestellten Vätern ermöglicht, ohne auszu großen Preisverlusten den Rückzug anzutreten.

Jedenfalls möchte es die Reichsregierung vermeiden, es auf eine Kräfteprobe ankommen zu lassen, wiewohl man davon überzeugt ist, daß das Reich die Macht und die Würdlosigkeit hätte, seinen Willen durchzusetzen. Die süddeutschen Stimmen sind bisher noch immer stark ablehnend. Aber auch Preußen scheint neuerlich Mut zu bekommen. Es heißt, daß beispielsweise der Berliner Polizeipräsident Graeslin sich entschlossen sei, ungeachtet der Bestimmungen der Notverordnung jede Demonstration der wieder erlaubten S.M. zu unterbinden. Wie verhalten, sollen die Nationalsozialisten den Plan haben, am kommenden Sonntag eine große S.M.-Kundgebung am dem Tempelhofer Feld oder im Volkspark unter Anwesenheit von Hitler stattfinden zu lassen. Die geführte von Ostler befehligte Demonstration verbietet, und das Polizeipräsidium läßt anfühen, es werde Anmeldeungen für diese etwa geplanten Kundgebungen gar nicht entgegenzunehmen.

### Scharfe Kritik an der Finanznotverordnung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. Juni. Wie zu erwarten war, findet die neue Notverordnung in der gesamten Presse keine besonders freundliche Kommentierung. Die Reichspresse verweist darauf, daß die neuen Listen als Schwerpunkt unter der Brüning'schen Politik angesehen werden müßten. Die neue Regierung habe diese neuen Listen nicht vermeiden können, weil die Listen praktisch leer seien. Trotzdem halte man es noch für zweifelhaft, ob es dem Reich gelingen werde, über den 1. Juli ohne einen erheblichen Überbrückungskredit hinwegzukommen. Die neue Notverordnung, so schreibt der „Vollstäniger“, offenbart besonders deutlich, wie katastrophal sich die ganze Lage entwickelt hätte und an welchen Abgrund — von dem und gewissermaßen nur noch hundert Meter trennten — Deutschland geführt worden sei. Die Realwirtschaft sei ein besonders charakteristischer Kern Brüning-Dietrich gewesen. Aber das schlimmste sei gewesen, daß aus dem billigen Defizit ein regelrechter Kassenleibtrag, ein Kassenhaos zu werden drohte, d. h. daß nicht etwa nur die Ausgaben größer waren als die Einnahmen,

sondern daß überhaupt der Zeitpunkt nahe war, an dem die Kassen leer wären und überhaupt nichts mehr hätte gezahlt werden können, auch die Sozialleistungen nicht.

Die „Deutsche Zeitung“ meint, daß Brüning's Erbe eine teure Abrechnung mit sich gebracht habe. Das Blatt habe immer betont, daß der Wechsel allein noch kein Geld in die leeren Taschen bringe und daß die Hinterlassenschaft des Kabinetts Brüning wahrlich nicht derart sei, daß ein Systemwechsel von heute auf morgen das Paradies auf Erden bringen könne. Die neue Notverordnung sei die Veranschaulichung des Kabinetts Brüning auf finanzpolitischem Gebiet; liegt sei nun der finanzpolitische Nachlaß Brüning's, so liegt er nun der Finanzverwaltung ob. Die „Berliner Börsenzeitung“ erklärt, daß durch diese Notverordnung die unmittelbar bevorstehende finanzielle Zusammenbruch verhindert worden sei, und unterteilt in Zukunft die Wirtschaft beherrschende finanzielle Lage, daß das Kabinett von Brüning es abgesehen habe, freilich, daß die Wirtschaft beherrschende Basis und Einkommen durch neue, die Wirtschaft beherrschende Basis zu werden. In der Neuern der Finanzschwierigkeiten Herr zu werden. In der richtigen Erkenntnis, daß die Steuerfrage bereits überdrehbar sei. Deshalb sei es notwendig gewesen, in erster Linie auch die Leistungen der Arbeitslosenversicherung herabzusetzen.

Wenn die schweren Opfer nicht umsonst gebracht werden können, so müßte dieser Aktion gegen das Massenchaos

eine politische Wirtschaftspolitik folgen, die dem Willensheer der Arbeitslosen Beschäftigung gebe.

Die „M.N.“ erklärt, daß auch die neue Notverordnung wenig Freude bereite. Die Aufhebung der Unfähigkeit zur Erwerbstätigkeit sei eine plötzliche und unvorhersehbare Heberzeugung insbesondere für den Mittelstand in Handel und Gewerbe. Das Blatt bemängelt, daß es jetzt nach dem Kabinettswechsel hätte möglich sein müßten, statt der neuen Steuern die immer wieder erörterten Reformen zu betreiben. Es werde nach Lausanne höchste Zeit sein, ganz einschneidende und erfolgversprechende Beschlüsse zu fassen, die die jetzige Notverordnung vielleicht tatsächlich noch nicht habe enthalten können.

Die „Germania“ sucht die Dinge so darzustellen, daß unter Brüning so schwere Opfer nicht notwendig gewesen wären. Sie wendet sich dagegen, daß man in der Reichspresse diese Notverordnung als das Erbe der Brüning'schen Defizitwirtschaft bezeichne. Im übrigen hält sich das Zentrumsbüro aber auf fällige zurück und beschränkt sich darauf, im allgemeinen gegen die Reichsregierung zu polemisieren. Die Linkspresse ist ganz eindeutig. Sie schiebt die neuen Listen und Opfer der Hilferufen Papen in die Schuhe und meint, daß man, um dieses Ergebnis zu erzielen, das Kabinett Brüning nicht hätte zu hängen brauchen. Besonders heftig wendet sich der „Vorwärts“ gegen die neuen Listen. Er erklärt, daß der Hilferufen sich als Gendarmen entpuppen, und daß die Notverordnung eine ungeheure Verschärfung des Massenlebens mit sich bringe. Mit einem Schrei des Entsetzens und der Empörung wird diese Notverordnung von den Massen des deutschen Volkes ausgenommen werden.

## Beginn der Verhandlungen in Lausanne

### Die letzten Vorbereitungen

Genf, 15. Juni. Die den ganzen Dienstag über geführten Ministerbesprechungen sind heute vormittag mit einer längeren Unterredung zwischen Macdonald und Herzog weiter fortgesetzt worden. Herzog hatte Derriot den Außenminister Italiens und Volens einen Delegierten der beteiligten Staatsmänner im Laufe des heutigen Nachmittags sämtlich in Automobilen nach Lausanne abholen lassen.

Die Eröffnungsphase ist am Donnerstagvormittag 10 Uhr im Hotel Beau Rivage festgesetzt, bei der Macdonald eine längere Rede halten wird. Die Lausanner Konferenz wird im übrigen in vertraulichen Ausschüßungen und Verhandlungen in den Räumen unter vollständiger Ausschaltung der Öffentlichkeit vor sich gehen.

In internationalen Kreisen verhält sich die Auffassung, daß die englische und französische Regierung auf der Lausanner Konferenz ein allgemeines kurzfristiges Moratorium bis zum Dezember 1932 und die Einleitung eines Ausschusses vorschlagen werden, der die endgültige Regelung der Reparationsfrage vorbereiten soll. Auf dem Gebiete der Arbeitslosenfragen wird allgemein erwartet, daß ein deutsches Waffenstillstandes gerichtet wird.

Der den Verzicht auf die Gleichberechtigungsforderungen und auf die Revision der internationalen Verträge bedeuten würde.

Die österreichischen Anleiheverhandlungen verlaufen nach allgemeiner Auffassung durchaus günstig. In maßgebenden Kreisen rechnet man damit, daß Österreich eine 300-Millionen-Kreditlinie erhält.

### Nur Endlösung der Tributfrage kann helfen

London, 15. Juni. Der englische Wirtschaftler Sir Walter Layton nimmt in der „New Chronicle“ gegen eine kurzfristige Verlängerung des Hoover-Moratoriums, wie die Presseberichten zufolge in Lausanne vorgeschlagen werden soll, energische Stellung. Er betont aufs Schärfste, daß jede weitere Verschönerung einer endgültigen Regelung der Tribut- und Arbeitslosenfrage den finanziellen Zusammenbruch beschleunigen werde. Hierbei weist Layton in erster Linie auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands hin, die außerordentlich ernst sei.

Der deutsche Ausfuhrüberschuß gehe immer mehr zurück, während die Gold- und Devisenbestände der Reichsbank außerordentlich niedrig seien.

Falls in Lausanne nur eine zeitweilige Lösung gefunden werde, sehe sich Deutschland in naher Zukunft der Möglichkeit einer Einseitigen aller Auslands-

### Die Deutschnationalen zur Notverordnung

Berlin, 15. Juni. Die Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei schreiben zur neuen Notverordnung: Gerade vom deutschnationalen Standpunkt aus müßte beklagt werden, daß die neuen finanziellen Belastungen sämtlich ausgedroschene und einseitige Massenbelastungen sind. Für das am Boden liegende Deutschland kommt jetzt alles darauf an,

ob die Regierung imstande ist, auf den entscheidenden Gebieten der Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik neue Wege zu gehen.

die dahin führen, die wirtschaftlichen, gewerblichen und industriellen Betriebe wieder kaufkräftig zu machen. Dazu ist allerdings Voraussetzung, daß man die Wiederarbeitsleistung nicht mit Parteibuchbeamtungen verwechselt, von denen noch viel zu viele in den Ministerien sitzen.

### Nationalsozialistische Stellungnahme

München, 15. Juni. Der „Völkische Beobachter“ schreibt in seinem Kommentar zu der neuen Wirtschaftsnotverordnung des Kabinetts v. Papen u. a., die NSDAP lehne die erste Notverordnung als neue für das deutsche Volk unerträgliche Belastung um so mehr ab, als sie in dieser ersten praktischen Maßnahme der Regierung feineren Ansatzpunkte für eine genügende Änderung der bisherigen Politik zu erkennen vermöge. Die Regierung stelle in ihrer Erklärung zur Notverordnung zwar grundlegende Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung in Aussicht. So lange sie aber diese Versprechen nicht durch Taten zu belegen in der Lage sei, habe die NSDAP keinen Anlaß, ihre seit jeher vertretene Auffassung zu ändern.

Zahlungen gegenüber, was zu neuen finanziellen Schwierigkeiten in anderen Ländern und zu einer weiteren Einschränkung des internationalen Handels führen werde. Eine solche Zahlungsenehörung lasse sich aber doch wohl vermeiden. (Für den Fall einer Endlösung nämlich, D. Red.) Es sei klar, so fährt Layton fort, daß außer der Reparationsfrage noch viel weitere reichende Angelegenheiten geregelt werden müßten, um eine Wiederherstellung herbeizuführen. Es könnten aber keine weiteren Schritte getan werden, bevor nicht die Reparationen weggelassen worden seien.

Ein Beschluß der Lausanner Konferenz bedeute daher auch einen Beschluß der geplanten Weltwirtschaftskonferenz.

Die Nationen könnten Vereinbarungen weder über den Goldstandard noch über den Freihand oder über die Zollfrage treffen, solange es ungewiß sei, welche Zahlungen für internationale Regierungsschulden geleistet werden müßten. Ein kurzfristiges Moratorium würde auch die Lösung der Donaufrage und die Befreiung der Devisenbeschränkungen und anderer Zahlungsmassnahmen verhindern. Eine Verschlebung der Reparationsfrage bis nach den amerikanischen Präsidentenwahlen bedeute im Grunde sogar eine Verschlebung um etwa ein Jahr, da Hoover's Nachfolger sein Amt nicht vor März 1933 antritt werden. Zum Schluß weist Layton dann auf die Empfehlungen des Wages-Ausschusses und des beratenden Hoang-Ausschusses hin, die deutlich zum Ausdruck gebracht hätten, daß in der Lösung der Reparationsfrage keine weitere Verzögerung eintreten dürfe. Diese Warnung sei durch das starke Zusammenstumpfen des Handels, die wachsende Arbeitslosigkeit, die zurückgegangene Kaufkraft, durch Haushaltsdefizite und Zahlungsunfähigkeit in allen Teilen der Welt in vollem Maße gerechtfertigt worden.

### Ministerpräsidentenwahl in Preußen am 22. Juni

Berlin, 15. Juni. Der Reichsrat des Preussischen Landtages beschloß am Mittwochvormittag vor Beginn der Votierung, die Aussprache über die Anträge auf Aufhebung der preussischen Notverordnung und über die nationalsozialistische Amnestiegelegenheiten am Donnerstagnachmittag zu Ende zu führen und im Anschluß daran die Abstimmungen vorzunehmen. An der Aussprache über die Notverordnung wird sich auch der geschäftsführende Finanzminister Lepper beteiligen.

Im übrigen wurde beschlossen, daß der Landtag am Mittwoch, den 22. Juni, wieder einberufen werden soll zur Vornahme der Wahl des preussischen Ministerpräsidenten.

Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Reichsrat haben in dieser Frage, wie erklärt wird, auch jetzt noch nicht stattgefunden.

Die Landtagsabstimmung selbst begann damit, daß der Kommunist Kasper einen scharfen Angriff gegen die neue Wirtschaftsnotverordnung richtete und entsprechende Aufhebungsanträge stellte.

Small vertical text on the left edge of the page, including page numbers and other small notices.